

01. November 2021

GRPK-Minderheitssprecherin Susanne Schweizer (SP)

zur Volksinitiative «Dübi schuldenfrei, auch in Zukunft!»

Geschätzte Anwesende im Saal, liebes Publikum zu Hause vor dem Bildschirm

Ich darf heute stellvertretend für die GRPK -Minderheit sprechen und Ihnen die Argumente gegen die vorliegende Schuldenbremse darlegen.

Ganz vorweg: Die GRPK-Minderheit empfiehlt Ihnen den Antrag zur Volksinitiative «Dübi schuldenfrei auch in Zukunft!» in der vorliegenden Form zur Ablehnung. Seit 2017 wurde die Schuldenbremse in diesem Rat immer wieder ausgiebig und intensiv diskutiert. Die Gründe für eine Ablehnung dürften unterdessen alle gesagt und auch allen bekannt sein. So fand bei der letzten Behandlung am 03. Juni 2019 der Antrag zur Einrichtung der Schuldenbremse auch nach ausführlicher Diskussion in diesem Rat keine Mehrheit. Mit anderen Worten: Die damals in die Waagschale gelegten Argumente gegen die von Fachexperten ausgearbeitete komplizierte Schuldenbremse, wurde von einer Mehrheit im Rat gehört und verstanden (und der Antrag schliesslich abgelehnt wurde). Die damals (im Juni 2019) ins Feld geführten Gegenargumente konnten bis heute nicht entkräftet werden. Nachfolgend die vier wichtigsten Gegenargumente:

Gegenargument 1 (Falscher Zeitpunkt / zur Zeit unnötig; Dübendorf befindet sich in einer aktuell gesunden und stabilen Finanzsituation; unbegründeter Alarmismus): Eine Minderheit der GRPK ist nach wie vor der Meinung, dass die Einführung der Schuldenbremse in der vorliegenden Form für Dübendorf zurzeit völlig unnötig ist. Ohne Schuldenbremse ist es der Stadt im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte gelungen, eine Nettoschuld von 60 Mio. abzubauen und ein beachtliches Nettovermögen (von 70 Mio.) aufzubauen (in 2018: Nettovermögen pro Einwohner von 2'300 Franken). Daraus lässt sich schliessen, dass die Dübendorfer Behörden sowohl bei Ausgaben wie auch bei den Investitionen kostenbewusst entscheiden und sorgfältig mit Steuergeldern umgehen. Der Stadt Dübendorf resp. den Finanzen der Stadt geht es gut und zwar auch ohne dieses Instrument einer Schuldenbremse. Somit ist der Alarmismus der Befürworterinnen und Befürworter unbegründet und eine Schuldenbremse zum jetzigen Zeitpunkt unnötig.

Gegenargument 2 (Keine Automatismen, die dem Parlament ein zu enges Korsett auferlegen): Weiter vertritt die GRPK-Minderheit die Auffassung, die Instrumente 2 und 3 der Schuldenbremse würden Automatismen bewirken, welche dem Parlament ein zu enges Korsett auferlegen und das nicht nur für die heutigen sondern auch künftigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Die positive Erfahrung aus den letzten Jahren hat gezeigt: Dem Gemeinderat darf eine verantwortungsvolle Budgetplanung zugetraut werden und das trotz den verschiedenen Schwerpunkten und Zielen und den teilweise harten Diskussionen zwischen den Fraktionen. Dem Gemeinderat soll nicht das Recht eingeschränkt/genommen werden, über notwendige Investitionen im Einzelnen zu bestimmen. Die als notwendig ausgewiesenen Investitionen müssen gemacht werden können und der dafür zugrundeliegende Entscheid unterliegt mehr dem gesunden Menschenverstand und weniger einer mechanischen Regelung, die möglicherweise nur die Höhe, aber nicht den Inhalt der Aufwände berücksichtigt. Die Diskussionen für die Realisierung der notwendigen Investitionen oder um den Entwicklungsbedarf der Stadt Dübendorf auszuweisen sind wichtig und richtig, genauso wie das jährliche Ringen um den angemessenen Steuerfuss. Keinesfalls dürfen diese Diskussionen durch einen Automatismus eingeschränkt werden oder ganz wegfallen.

Gegenargument 3 (Vorliegender Investitionsstau, den es im Sinne von Verantwortung gegenüber der nächsten Generation abzubauen gilt): Unbestritten ist, dass sich in Dübendorf ein Investitionsstau angesammelt hat. Als Folge davon besteht nun eine grosse Wahrscheinlichkeit, dass in den nächsten Jahren die vorhandenen Steuereinnahmen voll ausgeschöpft werden müssen. Auch in solchen Situationen ist es umso wichtiger, mit Verstand und einem guten Spürsinn jeweils für jeden Einzelfall, für jedes einzelne Projekt und jede

Investition individuell und angemessen, unter Bezugnahme der aktuellen Rahmenbedingungen, zu entscheiden. Keinesfalls dürfen notwendige Investitionen, für die ein klarer Entwicklungsbedarf in Dübendorf besteht, aufgrund der Schuldenbremse nicht umgesetzt werden. Hier muss zugunsten der kommenden Generationen eine Stagnierung oder sogar Blockierung der nötigen Stadtentwicklung verhindert werden.

Gegenargument 4 (Die Stadt Dübendorf wächst und es braucht entsprechend Investitionen in die Infrastruktur): Unbestritten ist auch der steigende Aufwand der Stadt, der auf das Bevölkerungswachstum in Dübendorf zurückzuführen ist. Dieses Bevölkerungswachstum macht einen Ausbau der Infrastruktur unumgänglich. Z.B. müssen die höheren Pendlerströme oder der Mehrverkehr abgefangen oder genügend Schulräume, Spielplätze und Erholungsräume zur Verfügung gestellt werden. Als Folge des Bevölkerungswachstums sind also zwingend Investitionen nötig, die nicht in Frage gestellt werden dürfen. Mit dem Bevölkerungswachstum einher ging und geht eine rege Bautätigkeit mit hohen Gewinnen, nicht nur für viele Investoren, sondern auch die Stadt konnte von einem Teil dieses Gewinnes profitieren. Im Gegenzug ist die Stadt nun in der Pflicht, die notwendigen Infrastrukturanpassungen in der nötigen Zeit umzusetzen. So müssen jetzt als Folge dieser Bautätigkeit und des Bevölkerungswachstums z.B. unsere Schulhäuser nicht nur renoviert, sondern auch ausgebaut werden. Wird das blockiert, bremst Dübendorf seine eigene Entwicklung. Mit der Schuldendbremse besteht die Gefahr, dass notwendige Projekte nicht umgesetzt oder in die Zukunft verschoben werden und dass die Projekte, weil sie dann zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden müssen, viel höhere Kosten hervorrufen. Dazu zur Veranschaulichung ein Lehrbeispiel aus der Stadt Zürich, das zeigt, dass die Bevölkerung auch «mit falschem Sparen zu armen Tagen» gebracht werden kann. (Es geht dabei um den Bahnhof Stadelhofen: 1981 wurde das S-Bahn-Netz in Zürich ausgebaut. Um 60 Mio. Franken einzusparen setzten die Bürgerlichen damals die Einsparung der vierten Röhre im Bahnhof Stadelhofen durch. Heute (40 Jahre später) muss diese vierte Röhre realisiert werden für 900 Mio. Franken! Eine horrend Summe, wenn man bedenkt, dass das gesamte S-Bahn-Netz damals, rund 750 Mio. Franken kostete – und das vierte Gleis am Stadelhofen für etwa 60 zusätzliche Millionen hätte realisiert werden können.)

Zusammenfassung: Wir soeben dargelegt wird die vorliegende Schuldenbremse von der GRPK-Minderheit abgelehnt

- weil wir in Dübendorf faktisch keine Schulden haben;
- weil wir uns selber nicht freiwillig ein solch starres Korsett, wie es in der Schuldenbremse vorgeschlagen wird, auferlegen sollten;
- weil wir es als unverhältnismässig erachten, in der aktuellen Ausgangslage den Fokus auf die Einführung der Schuldenbremse zu richten.
- Die vorliegende Schuldenbremse erscheint uns für Dübendorf nicht zielführend, da sie kompliziert ist, den Spielraum in den Budgetdebatten unverhältnismässig einengt und dadurch das Parlament auf Jahre hinaus bevormundet.

Verehere Anwesende: Ich bedanke mich sehr für ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, aus den aufgeführten Gründen im Sinne der GRPK-Minderheit den Antrag zur Volksinitiative abzulehnen.

Somit hätte ich geschlossen.